



**University of  
Zurich**<sup>UZH</sup>

**Zurich Open Repository and  
Archive**

University of Zurich  
University Library  
Strickhofstrasse 39  
CH-8057 Zurich  
[www.zora.uzh.ch](http://www.zora.uzh.ch)

---

Year: 2000

---

## **Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 26. Nov. 2000**

Sidler, Andreas ; Rorato, Michael ; Serdült, Uwe ; Hardmeier, Sibylle

Other titles: Analyse des votations fédérales du 26 novembre 2000. Analisi della votazione federale del 26 novembre 2000

Posted at the Zurich Open Repository and Archive, University of Zurich

ZORA URL: <https://doi.org/10.5167/uzh-167825>

Published Research Report

Published Version

Originally published at:

Sidler, Andreas; Rorato, Michael; Serdült, Uwe; Hardmeier, Sibylle (2000). Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 26. Nov. 2000. Bern: GfS Bern.



Analysen eidgenössischer Urnengänge  
Analyses des votations fédérales  
Analisi delle votazioni federali

## Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 26. November 2000

Andreas Sidler, Michael Rorato, Uwe Serdült, Sibylle Hardmeier

### Abstimmungsergebnisse

	Ja	Nein
<b>Volksinitiative "für eine Flexibilisierung der AHV - gegen die Erhöhung des Rentenalters für Frauen" (Flexibilisierungs-Initiative)</b>	<b>755 503 39.0%</b>	<b>1 160 475 61.0%</b>
<b>Volksinitiative "für ein flexibles Rentenalter ab 62 für Frau und Mann" (Rentenalter 62)</b>	<b>885 636 46.0%</b>	<b>1 038 563 54.0%</b>
<b>Volksinitiative "Sparen beim Militär und der Gesamt- Verteidigung - für mehr Frieden und zukunftsgerichtete Arbeitsplätze (Umverteilungs-Initiative)"</b>	<b>722 982 38.0%</b>	<b>1 198 688 62.0%</b>
<b>Volksinitiative "für tiefere Spitalkosten"</b>	<b>344 213 18.0%</b>	<b>1 573 059 82.0%</b>
<b>Bundespersonalgesetz</b>	<b>1 256 249 67.0%</b>	<b>620 719 33.0%</b>
<b>Stimmbeteiligung</b>	<b>41.2%</b>	



Forschungsinstitut  
"Politik und Staat", Hirschengraben 5, 3011 Bern  
Telefon 031 311 08 06, Telefax 031 311 08 19  
[gfs@gfs-be.ch](mailto:gfs@gfs-be.ch)

---

**Universität  
Zürich** Institut für Politikwissenschaft  
Abteilung Innenpolitik/Vergleichende Politik  
Karl-Schmid-Str. 4, 8006 Zürich  
Telefon 01 634 38 41, Telefax 01 634 49 25

---

---

# Hauptergebnisse der Volksabstimmungen vom 26. November 2000

Am 26. November 2000 hatten die Stimmberechtigten über fünf Vorlagen zu befinden - vier Volksinitiativen und das Referendum zum Bundespersonalgesetz. Dabei ist das Stimmvolk auf der ganzen Linie den Empfehlungen von Bundesrat und Parlament gefolgt. Das heisst, das Bundespersonalgesetz wurde mit 67 Prozent angenommen; sämtliche Initiativen hingegen wurden verworfen. Das bedeutete insbesondere eine Niederlage für die Sozialdemokratische und Grüne Partei, welche mit Ausnahme der Spitalkosteninitiative gegenteilige Parolen verabschiedet hatten.

Aufgrund der langjährigen Erfahrung mit Erfolgsaussichten von Volksinitiativen erstaunte die Ablehnung derselben nicht. Da die Spitalkosteninitiative einzig von der Lega unterstützt wurde, war hier auch das wuchtige Nein von 82 Prozent nicht überraschend. Erstaunlicherweise wurde aber die Initiative für eine Flexibilisierung der AHV des Schweizerischen Kaufmännischen Vereins mit 61 Prozent viel deutlicher verworfen als die inhaltlich sehr ähnliche Initiative der Grünen für ein flexibles Rentenalter ab 62 (54 Prozent Nein-Stimmen).

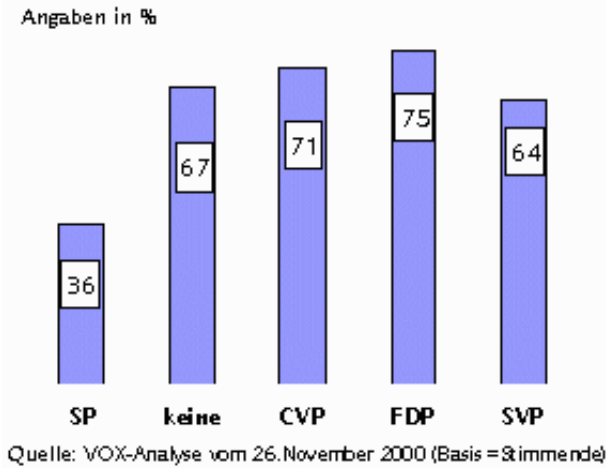
Insgesamt zeigte sich bei der Meinungsbildung für die Abstimmung vom 26. November 2000 das für viele VOX-Analysen typische Bild: Für die Stimmenden waren Zeitungen und das "Bundesbüchlein" die zwei wichtigsten Orientierungsmittel. Das Medium Internet wurde hingegen weiterhin nur sehr marginal als Informationsquelle zur Meinungsbildung verwendet. Die Spitalkosteninitiative wurde von den Befragten als die persönlich bedeutsamste Vorlage betrachtet - auch wenn die inhaltliche Auseinandersetzung mit dieser Vorlage nicht sehr weit ging.

## Die AHV-Initiativen

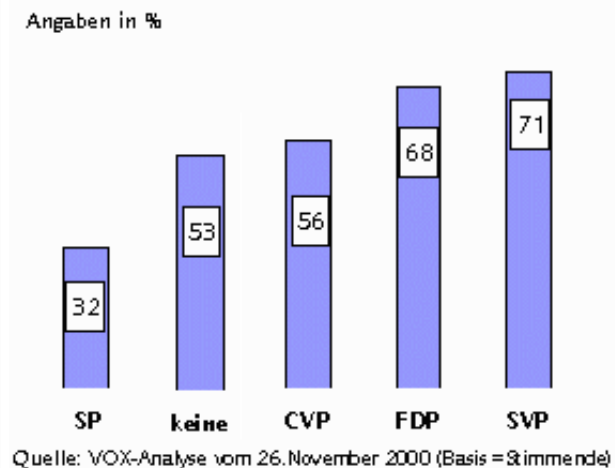
Die beiden Rentenalter-Initiativen waren eine weitere Reaktion auf die am 25. Juni 1995 angenommene 10. AHV-Revision. Sowohl die von Arbeitnehmerverbänden eingereichte Flexibilisierungsinitiative als auch die von den Grünen vorgeschlagene Initiative zum Rentenalter 62 sahen ein flexibles Ruhestandsalter von 62 Jahren ohne finanzielle Einbusse für die Pensionierten vor. Die beiden Initiativkomitees schlugen indessen unterschiedliche Finanzierungsmodelle vor (Flexibilisierungsinitiative: bessere Vermögensverwaltung und Goldreserven der Nationalbank; Rentenalter 62: ökologische Steuerreform sowie Einsparungen beim Militär). Darüber hinaus wollte die Initiative der Grünen auch eine Teilzeitrente einführen.

Besonders die Altersgruppe der 40 bis 64-Jährigen erachtete die beiden Vorlagen - unabhängig vom Geschlecht - in der persönlichen Einschätzung als bedeutsam. Insgesamt haben Stimmende aus der lateinischen Schweiz sowie Stimmende mit einer links-grünen politischen Ausrichtung beide Initiativen klar angenommen, während DeutschschweizerInnen und Bürgerliche, Rechtskonservative sowie Stimmende ohne Parteiaffinitäten sie ablehnten. Die Analyse zeigt, dass die Zugehörigkeit zum sprachkulturellen Raum und die parteipolitische Orientierung auf der Links-Rechts-Achse die beiden Hauptfaktoren zur Erklärung des Abstimmungsergebnisses sind und zu gleichen Teilen das Stimmverhalten beeinflusst haben. Der Einfluss des Alters ist als gering einzuschätzen.

## Ablehnung der Flexibilisierungs-Initiative nach Partei



## Ablehnung der Rentenalter 62-Initiative nach Partei



Obwohl ein flexibles Rentenalter bei den Befragten im Grundsatz Anklang findet, waren - wie bei früheren Abstimmungen über AHV-Initiativen - die Kostenfrage und die als unsicher erachtete Finanzierungsgrundlage die wichtigsten Gründe, die zwei Vorlagen abzulehnen. Hinsichtlich des unterschiedlichen Abschneidens der zwei Initiativen können keine abschliessenden Erklärungen abgegeben, aber erste Hinweise und Befunde präsentiert werden:

- Die Wahrnehmung der Inhalte konzentrierte sich zu mehr als der Hälfte der Antwortenden auf das sowohl tiefere als auch flexiblere Rentenalter. Die Initiative Rentenalter 62 der Grünen scheint jedoch - wohl nicht zuletzt aufgrund des Titels - den Bezug zum Rentenalter etwas deutlicher kommuniziert zu haben als die Flexibilisierungsinitiative. Deutlich mehr Befragte verweisen bei der Angabe zur inhaltlichen Wahrnehmung dieser Initiative explizit auf das "Rentenalter 62".
- Der Absender der Initiativen scheint zumindest insofern nicht relevant gewesen zu sein, als die SympathisantInnen der Angestelltenverbände ihre 'eigene' Initiative (Flexibilisierungsinitiative) nicht signifikant besser unterstützt haben als die Initiative der Grünen.
- Auch wenn man den Effekt der sprachkulturellen Zugehörigkeit kontrolliert, behält die parteipolitische Orientierung die gleiche Erklärungskraft. Das heisst, eine stärkere parteipolitische Polarisierung kann in der Romandie nicht nachgewiesen werden.

## Die Umverteilungsinitiative

Bei der Abstimmung über die Kürzung von Militärausgaben und die Umverteilung der daraus entstehenden Einsparungen öffneten sich die klassischen parteipolitischen Gräben. Die Ablehnung bei den Anhängern der Parteien der bürgerlichen Mitte und des rechtskonservativen Lagers war mit über 80 Prozent Nein-Stimmen eindeutig. Im rot-grünen Lager hingegen erhielt die Vorlage deutliche Zustimmung.

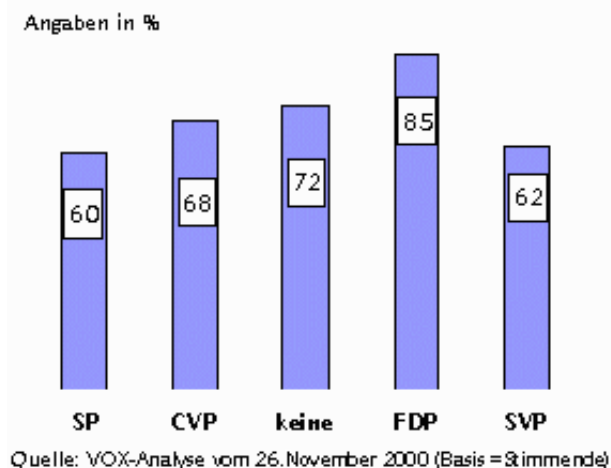
In den Augen der Initiativgegnerinnen und -gegner muss sich die Armee weiterhin auf die Landesverteidigung konzentrieren, was mit einer weiteren Kürzung der Ausgaben nicht vereinbar ist. Bei den BefürworterInnen stand vor allem die Kritik an der Armee und die zu hohen Kosten für eine zu grosse Armee im Vordergrund, aber auch das Argument der Friedenssicherung fand recht breite Unterstützung. Insgesamt gelang es aber den InitiantInnen nicht, genügend überzeugende Argumente gegen die Institution Armee ins Feld zu führen. Die Werthaltungsfrage nach einer starken/schwachen Armee zeigt, wie sehr die Befragten hinter einer starken Armee stehen.

## Das Bundespersonalgesetz

Fast die Hälfte der Befragten hat das Bundespersonalgesetz (BPG) inhaltlich auf die Abschaffung des Beamtenstatus reduziert. Nur wenige brachten das BPG spontan mit den vom Referendatskomitee betonten Inhalten in Zusammenhang. Einem Viertel der Befragten war nichts über den Inhalt der Gesetzesvorlage bekannt.

Die relativ hohe Zustimmung zum BPG hing unter anderem damit zusammen, dass eine Mehrheit der Anhängerschaft des links-grünen Parteienspektrums trotz der Nein-Parole der SPS und der Grünen für das Gesetz votierte. Auch unter den GewerkschaftssympathisantInnen befürwortete eine knappe Mehrheit das neue BPG. Der Ja-Anteil im rot-grünen Lager war mit 60 Prozent fast gleich hoch wie im rechts-konservativen Lager. Die stärkste Unterstützung erfuhr das neue Gesetz von der Anhängerschaft des Freisinns.

#### **Zustimmung zum Bundespersonalgesetz nach Partei**



Das BPG wurde in der Deutschschweiz deutlich angenommen, in der französischsprachigen Schweiz fand es hingegen nur von einer knappen Mehrheit Unterstützung. Dieser Unterschied ist im links-grünen Lager besonders gross: Die französischsprachigen Links-Grünen haben im Gegensatz zu ihren KollegInnen in der Deutschschweiz das BPG abgelehnt. Die Annahme des BPG hing sehr deutlich mit der Ansicht zusammen, dass die Angestellten des Bundes, der Post und der SBB gleichbehandelt werden sollten, wie alle anderen Angestellten.

## **Die Spitalkosteninitiative**

Die Ablehnung dieser Volksinitiative war mit 82 Prozent Nein-Stimmen deutlich. Bei der Analyse entlang parteipolitischer Orientierungen lässt sich lediglich ein Unterschied in der Intensität der Ablehnung feststellen. Die Ablehnung ist im rechtskonservativen Lager mit 79 Prozent Nein-Stimmen am "schwächsten" und gipfelt bei der bürgerlichen Mitte auf einen Nein-Anteil von 92 Prozent. Die Nein-Motive konzentrierten sich auf die von der Gegnerschaft betonten sozialpolitischen Konsequenzen der Vorlage sowie allgemeine Schwächen der Vorlage. Die vom Initiativkomitee vorgeschlagenen Massnahmen zur Kosteneindämmung haben die StimmbürgerInnen nicht überzeugt. Vielmehr haben sie den damit verbundenen Leistungsabbau wahrgenommen und bei den Nein-Motiven auch auf die steigenden Kosten für ihre medizinische Versorgung hingewiesen.

## **Die Datenbasis der Studie**

Die vorliegende VOX-Analyse basiert auf einer computergestützten telefonischen Befragung, welche das GfS-Forschungsinstitut in den 10 Tagen nach der Volksabstimmung durchgeführt hat. Befragt wurden dabei 1024

StimmbürgerInnen, die nach einem systematischen Zufallsverfahren ausgewählt worden waren (vg. auch methodischer Steckbrief). Die Interpretation der Ergebnisse nahm ein Forschungsteam des Instituts für Politikwissenschaft der Universität Zürich vor.

Erläuterungen des Bundesrates.

